



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Zunahme des Sozialismus.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Zunahme des Sozialismus. *Verfasser?*



Bei den letzten Reichstagswahlen hat sich eine bedenkliche Zunahme der sozialistischen Stimmen gezeigt. Es sind im ganzen deutschen Reiche etwa 530 000 Stimmen für die Kandidaten der sozialistischen Partei abgegeben worden; speziell in Berlin ist die Zahl der sozialistischen Stimmen, nachdem sie von 67 im Jahre 1867 bis zum Jahre 1878 auf 56147 gewachsen, im Jahre 1881 auf 30871 gefallen war, jetzt wieder auf 68582 gestiegen. Man mag als den tieferen Grund dieses Anwachsens ansehen, was man will: die Thatsache steht jedenfalls fest, daß die soziale Frage eine Bedeutung erlangt hat, über welche sich keine Partei weiteren Illusionen hingeben kann, und ebenso kann nicht bestritten werden, daß mit dem Beginn der Herrschaft des Liberalismus und seiner Wirtschaftsge-
Z
 gebung die Sozialdemokratie entstanden und fortwährend gewachsen ist. Die
12
 neuesten Wahlen sind ein lautes Zeugnis gegen die wirtschaftlichen Errungen-
 schaften des manchesterlichen Liberalismus und bekunden die Notwendigkeit, die von der Regierung geplante Reform der sozialen Zustände allerseits mit größ-
 erer Bereitwilligkeit als bisher zu unterstützen. Diese Einsicht scheint sich auch in den Reihen der liberalen Politiker geltend zu machen, welche bisher in ihrer
Vornirtheit alle darauf bezüglichen Bestrebungen der Regierung für wertlose
 idealistische Phantasten und auf Vermehrung der Abhängigkeit der Arbeiter ge-
 richtete Maßregeln erklären zu dürfen glaubten; denn einzelne Preßorgane der
 freisinnigen Partei plädiren bereits für die Aufstellung von Entwürfen (Alters-
 versorgung u. s. w. betreffend) von seiten dieser Partei selbst, wenn sie auch
 in ihrer Dünkelhaftigkeit diesen Vorschlag damit einleiten, daß man nicht warten
 dürfe, „bis die Regierung irgendeinen verfehlten (!) Entwurf vorlege.“ Die
 Verblendung, als ob die sozialen Aufgaben auf dem Wege der schrankenlosen
 Grenzboten IV. 1884. 62

Konkurrenz, des manchesterlichen Gehenlassens gelöst werden könnten, scheint sonach wenigstens bei einem Teile dieser Politiker zu weichen und die nahende große Gefahr infolge des Ausfalles der neuesten Wahlen demselben zum Bewußtsein zu kommen, während allerdings der echte Fortschritt immer noch in seinem Wesen verharret, als lasse sich die von ihm bethörte Masse auch fernerhin mit seinen verbrauchten Phrasen abspesen, und als sei er imstande, durch die stets wiederholten Klagen über Mangel an politischer Freiheit das Volk über seine wahren Bedürfnisse hinwegzutäuschen und dabei sich selbst im ungestörten Besitze der angenehm erworbenen Reichthümer zu erhalten.

Daß die große Mehrzahl der den Sozialisten zugefallenen Stimmen sich aus früher fortschrittlichen Kreisen gebildet hat, ist ganz in der Ordnung, denn der Liberalismus hat die Sozialdemokratie, wie die Führer der letzteren selbst oft genug anerkannt haben, erzeugt und großgezogen und der altersschwache Vater wird naturgemäß von dem kräftigeren Sohne abgelöst. Vom Liberalismus haben die Sozialdemokraten die materialistische Weltanschauung gelernt und auf das politische und soziale Gebiet übertragen; die unter der Herrschaft der liberalen Politik etablierte schrankenlose Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen durch die Starken, die unbefchränkte Macht des Großkapitals hat seine Früchte gezeitigt. Wer will sich jetzt noch wundern, wenn der infolge der famosen Ausbeutungsfreiheit von seinem Arbeitgeber vollständig abhängige Arbeiter, der nie zu einer gewerblichen Selbständigkeit gelangen kann, sondern lediglich auf seinen Tagelohn angewiesen ist, immer dringender darnach strebt, seiner Lage ein Ende zu machen?

Die sozialreformatorischen Gesetzesvorschläge sind von der Regierung in richtiger Würdigung der Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters gemacht worden, und mit den bis jetzt durchgeführten Gesetzen ist wenigstens ein Schritt auf dem Wege zur Besserung dieser Lage gethan worden. Zur wirksamen Förderung der weiteren Schritte aber wird dem Arbeiter die Einsicht dienen, daß allerdings nicht die von den Demokraten gepredigte politische Freiheit, sondern die von der Regierung ihm gewährte wirtschaftliche Unabhängigkeit das von ihm zu erstrebende Ziel ist, und daß dieses Ziel sehr wohl mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung vereinbar ist. Das fortwährende Bestreben der Sozialistenführer ist freilich darauf gerichtet, der Masse das Gegentheil einzureden, und bei den in der That bestehenden Mängeln des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit ist es den rührigen Agitatoren nicht schwer geworden, den weniger gewandten und einsichtsvollen Arbeiter glauben zu machen, das Bestehen der vorhandenen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sei mit einem befriedigenden Zustande der Lohnarbeitenden Klasse unvereinbar, die Erreichung eines solchen Zustandes sei nur durch den Umsturz der ganzen bestehenden Gesellschaft möglich. Wenn auch zweifellos die Mehrheit der sozialistischen Führer selbst davon überzeugt ist, daß die von ihnen verbrei-

teten kommunistischen Ideen durchaus unausführbar sind, und daß die von ihnen in Aussicht gestellte Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse eine Knechtschaft der ganzen Menschheit zur Folge haben würde, welche ihrer Unerträglichkeit wegen die sofortige gewaltsame Zerstörung des neugeschaffenen Zustandes unumgänglich nach sich ziehen müßte, so hat doch die große Masse bei ihrem Mangel an Kenntnissen und an Verständnis diese Einsicht bisher nicht gewonnen, sie glaubt vielmehr den ihre nächsten Interessen berührenden falschen Vorspiegelungen gerne und ist nur zu geneigt, den aufreizenden Verlockungen zu folgen.

Daß man mit Anhängern einer Richtung nicht paktieren kann, welche den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung auf ihre Fahne schreiben, daß man mit Gegnern, welche gemäß dem vom letzten Kopenhagener Sozialistenkongreß gebilligten Wydener Manifest (vom August 1880) „den Vernichtungskampf gegen die wahnsinnige, verbrecherische heutige Gesellschaftsordnung führen wollen,“ sich nicht verständigen kann, daß man diese Leute vielmehr für geschworene unverföhnliche Feinde ansehen muß, bedarf keiner besondern Hervorhebung. Daß man aber wird hoffen können, es befinde sich unter der halben Million sozialistischer Stimmen, welche bei den letzten Reichstagswahlen abgegeben worden sind, doch noch eine große Zahl von Menschen, welche von der Ausführung solcher hirnverbrannten Ideen weit entfernt sind, vielmehr nur eine im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung zu erwirkende Verbesserung der Lage der lohnarbeitenden Klasse bezwecken — das wird man zu gunsten des Verstandes der Wähler wohl auch annehmen dürfen. Für diesen Teil der Wähler sind die kaiserlichen Botschaften vom 17. November 1881 und vom 14. April 1883, sowie die sozialreformatorischen Vorschläge der Regierung bestimmt; für sie soll in vernünftiger Weise und nach Möglichkeit gesorgt werden. Für diese Aufgabe aber muß auch der sterile Fortschritt in ganz anderer Weise als bisher und unter Aufgebung seiner egoistischen Vertretung der Geldsacksinteressen eintreten, wenn er noch einen Funken von Einsicht in die Zeit und ihre Zeichen sich bewahrt hat; denn darüber sollte er sich keinen Illusionen mehr hingeben: wenn eine Umwälzung eintritt, die Fortschrittshelden und ihre Patrone sind trotz aller liberalen Phrasen die ersten, welche an die Laterne kommen.

Werden die reformatorischen Vorschläge der Regierung aber von allen Parteien mit Ernst und Aufrichtigkeit unterstützt, so kann man auch von den einsichtigen Sozialisten erwarten, daß sie sich offen von dem revolutionären Programm der Sozialistenführer lossagen und sich zu einer gesetzmäßigen politischen Partei gestalten. Thun sie das, so können sie förderlich an der sozialen Organisation mitwirken, durch welche Arbeit und Kapital in das richtige Verhältnis auf neuer Grundlage gebracht werden sollen, eine Aufgabe, welche nur das allen Parteiinteressen fremde soziale Königtum lösen kann; verweigern sie

ihre Mitwirkung zu den wohlgemeinten Besserungsvorschlägen der Regierung, so wird die Katastrophe umso rascher hereinbrechen, eine Katastrophe, welche sie schrecklich aus ihren utopistischen Träumen erwecken wird. Von jedem aber, den der Parteiwahnsinn nicht völlig um den Verstand gebracht hat, sollte man jetzt erwarten, daß er die Macht der Regierung in jeder Hinsicht verstärken helfe, um ihr den unausbleiblichen Kampf gegen die Revolutionspartei zu ermöglichen.



Zur Börsensteuer.



on dem Abgeordneten Wedell-Malchow ist der Entwurf einer Geschäftssteuer in den Reichstag eingebracht worden, welcher bereits am Schlusse der vorigen Session vom Bundesrate vorgelegt war, aber nicht mehr zur Beratung im Hause gelangte. Der Antragsteller hat diesem Gegenstande schon seit Jahren seine Aufmerksamkeit zugewendet, aber alle seine Versuche sind bisher ohne Erfolg gewesen. Sein erster Entwurf führte in der Reichstagskommission nur zu der Überzeugung, daß eine größere Heranziehung der Börsengeschäfte, besonders soweit sie spekulativer Natur seien, wünschenswert wäre. Es kam aber gleichzeitig zum Ausdruck, daß man bei der Art der Geschäfte kein Merkmal für die höher zu besteuern den anzugeben wußte, weil bei der Form, welchen der Börsenverkehr zur Zeit angenommen hat, nicht immer das Spekulationsgeschäft von dem reellen Kauf und Verkauf zu unterscheiden ist. Die Bundesratsvorlage vom vorigen Jahre oder vielmehr von der vorigen Session hat die Grenzen weiter gesteckt und eine allgemeine Geschäftssteuer in Anregung gebracht, die mit wenigen Ausnahmen allgemein das mobile Geschäft traf und nur die Geschäfte mit selbsterzeugten Waaren freiließ. Die Sicherung der Steuer lag in einer Reihe polizeilicher und strafrechtlicher Kontrollen, die am meisten von allen andern Vorschriften eine Agitation und Opposition im Handelsstande hervorriefen. Wir wissen nicht, ob der Bundesrat dieses Projekt wieder hat fallen lassen; es wird wohl kein Zufall sein, daß es von der Regierung nicht wieder eingebracht worden ist. Der Abgeordnete Wedell-Malchow wird der Meinung sein, daß er mit der Wiedereinbringung dieser Vorlage wenigstens der Zustimmung des einen gesetzgebenden Faktors sich versichert halten kann. Allein bei der gegenwärtigen Sachlage hat der Bundesrat wieder freie Hand, und so ist der Diskussion nach allen Richtungen freier Spielraum gegeben.

Alle Versuche einer Börsensteuer tragen zwei hervorstechende Merkmale an sich, ein finanzielles und ein ethisches. Gegenüber der Belastung des Grund-